

ten Regionen Osteuropas den ihnen zustehenden Platz einzuräumen“, kommentiert Simon.

Obwohl die meisten Ostforscher sich auf Russland konzentrierten, hätten sie „das postkommunistische Russland völlig falsch eingeschätzt. Nicht die leiseste Warnung war aus der Ostforschung zu vernehmen, dass Russland sich anschickte, aus der Gemeinschaft der zivilisierten Welt auszutreten“, rügt Simon.

Für ihn ist es ein Kardinalfehler, dass das postkommunistische Russland im Westen als „normales Land“ angesehen wurde, anstatt es so wahrzunehmen, wie es sich selber sieht: „Russland hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer stärker betont: Wir sind anders, wir wollen anders sein, eure Zukunft ist nicht unsere Zukunft. Vor allem hat sich der Westen geweigert zu verstehen, dass Russland sich für eine Weltmacht hält und als überlegen wahrnimmt (...). Russland hat seit längerem geplant, aus der zivilisierten Welt auszutreten und Krieg gegen jene zu führen, die sich seinem Griff nach der Weltmacht widersetzen.“

Vielleicht ist die Abrechnung Simons ja etwas gar krass geraten, aber als ehrlicher, geradliniger Anstoß zu der jetzt allseits geforderten Gewissensforschung im Fach ist sie wohl bestens geeignet.

Kolonialismus im Fokus

Dass die Osteuropaforschung wegkommen muss von ihrer bisherigen Konzentration auf Russland, zeichnet sich schon jetzt als Konsens ab. Diese Konzentration hat dazu beigetragen, dass die Ukraine lange Zeit marginalisiert wahrgenommen und falsch eingeschätzt wurde. So wurde in der westlichen Welt jahrelang das von Moskau verbreitete Narrativ nachgebetet, dass die Ukraine ein im Inneren zutiefst gespaltenes Land sei – unfähig dazu, über längere Zeit zusammenzuhalten. Der entschlossene, landesweite Widerstand gegen die russischen Invasoren zeigt seit über zehn Monaten, wie irreführend diese Behauptung war und ist.

Verstärkt in den Fokus der Ostforschung rückt auch der russische Imperialismus und Kolonialismus. So wurde die russische Eroberung und Herrschaft über Zentralasien gern als „milde“ im Vergleich zum imperialistischen Treiben europäischer Kolonialmächte im globalen Süden dargestellt. Stimmt nicht, zeigen neuere Forschungen: Auch die russischen/sowjetischen Kolonisatoren in Zentralasien verbreiteten im 19. und 20. Jahrhundert Angst und Schrecken, übten Massenterror aus, vertrieben Völker und siedelten neue an, Stalin ließ Hunderttausende verhungern. Die

Sowjets brachten zwar gewissen zivilisatorischen Fortschritt nach Zentralasien, aber eben auch Tod und Terror.

Der russische Anstrich

Die Forderung, den Brennpunkt der Osteuropaforschung weg von Russland und den Russen hin auf die anderen Völker und die Peripherie zu richten, ist dabei nicht neu. Todd Prince erwähnt in seiner Analyse den Slavisten Clarence Manning von der Columbia University, dem schon 1957 sauer aufgestoßen war, dass in der akademischen Welt der USA „jeder Einwohner des russischen Imperiums als Russe angesehen wird“. Die fehlende Aufmerksamkeit für nichtrussische slawische Zungen und Geschichten sei bedauerlich, so Manning, weil sie dazu führe, allen Betrachtungen zu Osteuropa einen russischen, ja sowjetischen Anstrich zu geben.

In der deutschsprachigen Osteuropaforschung war es der langjährige Ordinarius für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien (1998–2011), Andreas Kappeler, der Anfang der 1990er-Jahre eine Abkehr von der „russozentrischen Optik“ forderte. Er zählte zu den ostwissenschaftlichen Pionieren im Westen, die den Blick auf die Völker Russlands richteten („Russland als Vielvölkerreich“, 1992) und der neben Gerhard Simon der 1991 wieder unabhängig gewordenen Ukraine die ihr gebührende Aufmerksamkeit widmete („Kleine Geschichte der Ukraine“, 1994).

In einem Interview mit der Zeitschrift „Osteuropa“ (6-8/2022) beklagt Kappeler, dass mit Putins Angriffskrieg nicht nur über die Ukraine großes Leid hereingebrochen ist:

Was Putin alles kaputt macht

„Ich bin auch betroffen von dem Unglück, das der Krieg über Russland bringt. Fast alle Bemühungen nicht nur meines Forscherlebens, sondern das meiner gesamten Generation hat Putin kaputtgemacht. Das Streben nach Verständnis als Voraussetzung für Verständigung, der studentische Austausch, die wissenschaftlichen Kontakte, die Aufklärung über das Fremde und das Eigene: All das hat Putin mit seinem Krieg entwertet. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen. Die Beschäftigung mit der Geschichte Russlands ist auf absehbare Zeit anrücklich.“

DER AUTOR

Burkhard Bischof war viele Jahre Außenpolitikexperte der „Presse“ und langjähriger Leiter des Debattenressorts.

Medien. Von der Herausforderung, in Österreich ein gewissenhaftes und soziales Fachmagazin für Klassik zu gründen.

Ist Gewinnorientierung für Verlage ein Muss?

VON STEPHAN BURIANEK

Erst kürzlich wurde ihr die Problematik wieder bewusst, erzählte mir eine Frau, die in der Pressestelle eines deutschen Staatstheaters arbeitet. Sie hatte das Redaktionsteam eines Fachmagazins für einen Bericht über eine anstehende Uraufführung gewinnen wollen. Das könne man schon machen, lautete die Antwort, allerdings nur gegen Schaltung einer Anzeige. Dafür hatte die Presseverantwortliche allerdings kein Budget, das Magazin berichtete nicht.

Viele wissen das nicht: Selten finanzieren sich sogenannte Special-Interest-Magazine über den Zeitschriftenverkauf in der Trafik oder über Abo, stattdessen liegt der Erlösanteil der Anzeigen oftmals bei 90 Prozent oder gar mehr. Das führt zu Abhängigkeiten, und in vielen Fällen bestimmen die Anzeigenkunden, bewusst oder unbewusst, über den redaktionellen Inhalt. Eigentlich müssten Texte, die von Dritten finanziert werden, als „Advertorials“ gekennzeichnet werden. Das passiert allzu häufig nicht. Solche gekauften Texte, die von den Auftraggebern in der Regel gegengelesen und abgesehen werden müssen, erscheinen dann „getarnt“ als ganz normale redaktionelle Beiträge.

Es schwankt die Qualität

Vielleicht schlimmer noch ist der vorausseilende Gehorsam: Als ich in meiner Zeit als Chefredakteur eines deutschen Opernmagazins eine Titelgeschichte über die damals vielleicht weltbeste Mezzosopranistin Elisabeth Kulman bringen wollte, wurde mir das von der Verlagsinhaberin schlichtweg verboten. Als Mitbegründerin und Sprachrohr des Vereins Art but fair, der sich für eine faire Behandlung freischaffender Künstler und Künstlerinnen einsetzt, war Kulman zugleich „die #MeToo-Anführerin“, hieß es, und eine Geschichte über sie wäre ein „schlechtes Signal für unsere Anzeigenkunden“. Ich sagte das Interview ab, sprach mit einer weniger verfänglichen Künstlerin und verließ das Magazin.

Unabhängiger Journalismus ist eine wichtige Grundsäule unserer Demokratie, und Journalisten haben eine dementsprechende Verantwortung. Das mag jedem einleuchten, und doch wird es vor allem nicht angestellten, freischaffenden Journalisten nicht eben leicht gemacht, grundlegende journalistisch-ethische Grundsätze zu befolgen. Sie verdienen einfach zu wenig.

Nehmen wir die Opernmagazine: Nicht selten gilt die Pressekarte als Bezahlung, und wenn man Glück hat, dann zahlt der Verlag eine bescheidene Aufwandsentschädigung. Leben kann davon niemand, und als Konsequenz daraus schreiben praktisch nur mehr jene, die es sich leisten können. Dementsprechend stark schwankt deren journalistische Qualität, abhängig vom Grad der Kompetenz und der Besonnenheit des jeweiligen Autors.

Natürlich gibt es – zum Glück – angestellte Journalisten, allerdings werden diese konstant weniger. So steht bekanntlich die „Wiener Zeitung“ vor gravierenden Umbrüchen, die tägliche Ausgabe wird dieses Jahr eingestellt. Zudem werden vor allem in Deutschland seit gut zwei Jahrzehnten die Redaktionen verkleinert und es wird vermehrt auf billige freie Autoren zurückgegriffen. Lokalzeitungen werden zusammengelegt, ganze Abteilungen gestrichen. Oftmals wird das Feuilleton eingespart, wen interessiert denn schon die Kultur? Als Ergebnis schicken Zeitungen dann Lokalreporter, die auch über Sportereignisse berichten, in Theatervorstellungen und

DER AUTOR



Stephan Burianek (*1976) ist Journalist und lebt in Wien. Er arbeitete in den Presseabteilungen von Tanzquartier Wien und Bayreuther Festspiele und schrieb Reise- und Klassikkritiken für Tageszeitungen und Kulturmagazine im gesamten deutschsprachigen Raum. 2022 hat er das Nonprofit-Medium Opern.news gegründet, eine Webplattform inklusive einer Online-Bibliothek für den deutschsprachigen Opernraum. [Beigestellt]

in klassische Konzerte – mit dem erwartbaren Ergebnis.

Und doch wird ein halbwegs gebildeter Mensch die Notwendigkeit einer Pflege der eigenen Kulturtradition nicht in Abrede stellen, und eine lebendige Kultur braucht die Reflexion im Rahmen einer unabhängigen Berichterstattung. Aus diesem Grund habe ich, mithilfe einer Medienstartförderung durch die Wirtschaftsagentur Wien, Opern.news gegründet, eine Webplattform mit dem Ziel, sowohl den Opernjournalismus als auch das Image der Oper in unserer Gesellschaft zu fördern. Opern.news verfolgt ein gemeinnütziges, nicht gewinnorientiertes Konzept und bietet neben einer kostenpflichtigen News-Berichterstattung eine kostenlose Online-Bibliothek, die „Oper[n]theek“, die vor allem Schülern und Studenten als zusätzliche Recherchemöglichkeit für Referate und Seminararbeiten dienen soll. Finanziert werden soll dieses Projekt langfristig hauptsächlich durch Abonnenten, bis dahin werden „Mäzene der Berichterstattung“ gesucht, die für eine faire Bezahlung der Journalisten aufkommen.

Umdenken bei der Steuer

Bei Erfolg dieses Projekts wird es, davon bin ich überzeugt, Nachahmer in ganz anderen Themenbereichen geben. Diese werden sich dann vielleicht ebenso wie ich über die folgende Situation wundern: Laut der Ansicht mehrerer Steuerberater werden Verlage von den heimischen Steuerbehörden automatisch als gewinnorientiert eingestuft. Wir möchten aber sämtliche Gewinne in die Mitarbeiter und in die technische Weiterentwicklung des Web-Portals reinvestieren – und dieselben Steuervorteile wie auch andere als gemeinnützig eingestufte Unternehmen nutzen dürfen. Offenbar wird das demokratiepolitische Potenzial der Special-Interest-Magazine noch nicht erkannt.

Es wird ein Umdenken der Steuerbehörden brauchen, und zwar bald: Das Vertrauen in den Journalismus sinkt, und einer der vielen Gründe dafür ist die schlechte Bezahlung.

Mehr Infos unter: www.opern.news

Orchester mit Steuergeld finanziert werden, müssen für die Förderung auch Kriterien wie Gendergerechtigkeit angewendet werden.

Wir müssen ebenso zukünftige Entwicklungen im Auge behalten: Wer will, dass klassische Konzerte auch noch in Zukunft Publikum haben, muss sich jetzt öffnen. Nur wenn ein Großteil der Bevölkerung das Gefühl hat, dass das, was die Philharmoniker produzieren, auch in ihrem Leben von Relevanz ist, dass sie als Adressatinnen und Adressaten gedacht sind, werden sie auch in Zukunft kommen.

Als Grüne wünschen wir uns, dass die Hochkultur ihren Elfenbeinturm verlässt. Das ist dann demokratische Kulturpolitik und ehrlich, das speist sich aus Liebe zur klassischen Musik. Ich lade Ioan Holender und alle Kulturinteressierten ein, am 17. 1. ins Wiener Rathaus zu kommen und mit uns weiter zum Thema „*Wer gibt den Ton an? Musiker:innen in Wien*“ zu diskutieren.

Ursula Berner,

Kultursprecherin der Wiener Grünen

Rücksichtsloses Unternehmertum

„Elon Musk, die amerikanische ‚Freudenfreude‘...“, „Quergeschrieben“ von Christian Ortner, 13. 1. Die unter liberalen Ökonomen weit verbreitete Bewunderung für den viel zitierten Pioniergeist der US-Amerikaner, die auch in diesem Artikel zum Ausdruck kommt, beruht auf einem historischen Mythos. Dieser Mythos beschreibt den armen, hungrigen und religiös unterdrückten Europäer, der die Neue Welt betritt und als rechtsfreien, weitgehend unbesiedelten Raum wahrnimmt. Der seine neue Freiheit gegen alle natürlichen Widerstände verteidigt, das Recht in die eigene Hand nimmt, meistens mit Gewalt, denn die einheimische Bevölkerung ist ihm im Weg. Der die Bisons als Nahrungsgrundlage der Indianer fast ausrottet und die Überlebenden in Reservate sperrt, um sich anschließend Arbeitskräfte aus Afrika zu holen. Auch so wurden Arbeitsplätze geschaffen.

Klingt irgendwie vertraut? Ein Vergleich mit global agierenden Unternehmen von heute – nicht nur in den USA – ist nicht beabsichtigt, aber unvermeidlich. Rücksichtsloses Unternehmertum mag kurzfristig vielleicht einige Probleme lösen – vor allem die der Investoren. Sie sind aber nichts im Vergleich zu den Problemen, die sich die Allgemeinheit längerfristig dadurch einhandelt.

Heinz Rotte, 1220 Wien

Entbehrlich wie das Buch des Duke of Sussex

„... Gänswein rechnet ab“, von Virginia Kirst, 12. 1. Wenn ein Papst zurücktritt, so ist er nicht mehr Papst und hat sich dem Oberhaupt der Kirche unterzuordnen und jene Rolle zu spielen, die ihm das Oberhaupt zuordnet. Das Buch von Erzbischof Georg Gänswein ist, zumindest in Teilen, ähnlich entbehrlich wie jenes des Duke of Sussex. **Ferdinand Mayrhofer-Grünbühl,** 1030 Wien

Für hartnäckige Fälle: Wiener Reinhaltgesetz

„Haushalte mehrsprachig informieren“, LB von Helmut Kornher, 3. 1. Die MA 48 setzt u. a. bei ihrer Kommunikation, um sprachunabhängig zu sein, am Ort des Geschehens auf die Bildsprache. So befinden sich auf den Aufklebern aller Behälter Bilder der Objekte, die darin zu entsorgen sind – neben der schriftlichen Bezeichnung auf Deutsch. Darüber hinaus stehen auf unserer Website fremdsprachige Trenn-Infos zur Verfügung.

Die kompakte Info „Flugblatt“, die in acht Fremdsprachen verfügbar war, befindet sich derzeit aufgrund der Umstellung der Gelben Tonne seit 1. 1. 2023 in Überarbeitung – wird aber demnächst wieder verfügbar sein. An jeder der 1600 Altstoffentsorgungsstellen befindet sich eine Tafel, auf der ebenfalls in Bildsprache dargestellt ist, dass Müllablagerungen verboten sind, und der Hinweis auf den Mistplatz. Wenngleich uns bewusst ist, dass Schilder und Bil-

der wahrscheinlich nur die wenigsten davon abhalten, illegale Ablagerungen zu tätigen. Für die hartnäckigen Fälle gibt es seit 2008 das Wiener Reinhaltgesetz. Dies ermöglicht den Waste Watchern, Personen bei z. B. illegalen Ablagerungen zu bestrafen. Konkreten Hinweisen gehen wir verlässlich nach. Bitte melden Sie Ihr Anliegen unter post@ma48.wien.gv.at oder beim Misttelefon: 01/546 48. **Nicole Puzsar, MA,** MA 48 Leitung Öffentlichkeitsarbeit, 1050 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.